

# ES KOMMT KEIN LENZ

Neueste traurige Kapitel vom Bonner Hochschulnotstand / Von Karl-Heinz Röhr

fakten

## Studiengebühren verdoppelt

Für Tausende amerikanischer Studenten werden die Studiengebühren in Kürze erneut erheblich steigen. So wollen die staatlichen Colleges und Universitäten in den Staaten New York, Kalifornien, Oregon, Arkansas, Texas und Indiana die Kosten für das im Herbst beginnende Semester zum Teil auf das Doppelte erhöhen. Auch zahlreiche Privatschulen wollen höhere Gebühren verlangen. Im Dartmouth-College in Hanover (N. H.) werden die Gebühren zum Beispiel um 125 Dollar mehr als bisher betragen. Für das Studienjahr 1964 ist schon jetzt eine weitere Verdoppelung der Summe angekündigt.

Unter den Studenten haben diese Maßnahmen zu energischen Protestbewegungen geführt. In New York demonstrierten sie mit einem Fackelzug durch die Straßen, in Arcata (Kalifornien) protestierten sie gegen die sich gleichfalls erhöhenden Preise für das Mensa-Essen. Da nicht nur die Studiengebühren, sondern auch die Ausgaben für Mieten, Essen und Lehrmaterial ständig zunehmen, werden viele amerikanische Studenten ihr Studium nicht fortsetzen können. Das bestätigte der Vizepräsident der staatlichen Universität in Michigan, Gordon A. Sabine, im der Feststellung: „Jede Gebührenerhöhung, und sei es auch nur um einen Dollar, wird zweifelsohne wieder vielen jungen Menschen die Möglichkeit einer höheren Bildung nehmen.“

## Revanchistische Landkarten

Der Westberliner Volksbildungsminister Thierack (CDU) hat einem Ersuchen der Vereinigten Westberliner Revanchistenverbände zugestimmt, in allen Schulen weiteres revanchistisches Propagandamaterial zu verwenden. So werden gegenwärtig an auffälliger Stelle der Schulgebäude deutsche Landkarten ausgehängt, die den Aggressionsforderungen der Landmannschaftsverbände entsprechend, Teile Polens, der CSSR und der Sowjetunion als „deutsche Gebiete“ ausweisen. Alle diese Karten sind mit Heizerparolen gegen eine friedliche Lösung der Deutschlandfrage versehen. Darüber hinaus sollen die Kinder durch die Lehrer angehalten werden, selbst ihre Klassenräume zusätzlich mit revanchistischen Propagandamitteln auszustatten und auch das Geld dafür aufzubringen.

## Nur 5,9 Prozent Arbeiterkinder

Der Prozentsatz der an den bayrischen Hochschulen studierenden Arbeiter- und Bauernkinder ist außerordentlich gering. Zu diesem Ergebnis kommt das bayrische statistische Landesamt nach der neuesten Hochschulzählung. Nur 5,9 Prozent aller Studenten sind Kinder von Arbeitern, lediglich 4,8 Prozent Bauernkinder. Wie das statistische Landesamt feststellt, hat sich in den letzten Jahren die Zahl der Studenten aus Arbeiter- und Bauernkreisen so gut wie nicht erhöht. Der Prozentsatz der Bauernkinder ist sogar geringer geworden.

Laut Hochschulstatistik sind es vor allem Väter mit akademischer Bildung und erheblichem Einkommen, die ihre Kinder auf die Hochschule schicken.

## Westberlin nicht gefragt

Mit dem Mangel an Hochschullehrern für die Dahlemer Universität befaßt sich der Westberliner Wissenschaftler Prof. Dr. Dr. Wengler in einem im „Tagesspiegel“ veröffentlichten Beitrag. Im vorigen Jahr habe ein in Westberlin versammelter CDU-Parteitag dafür sorgen wollen, „daß die bedeutendsten Gelehrten der Welt nach Westberlin kämen, was natürlich keines Geschwätzs bleiben mußte“, schreibt der Wissenschaftler. Dagegen habe der Volksbildungsausschuß des Abgeordnetenhauses geäußert, „mit dem trüben Lämpchen der Regelung der Habilitation im Hochschulrechtgesetz die unbekanntesten jungen Genies nach Berlin locken zu können“. Allerdings habe sich „in den letzten zwei bis drei Jahren herausgestellt, daß die zur Realisierung des Wissenschaftsratsplanes vorgesehenen Stellen gar nicht alle besetzt werden können, weil es einfach an geeigneten Bewerbern fehlt.“

## Kaum Frauen als Hochschullehrer

Unter den insgesamt 6005 Lehrkräften an westdeutschen Universitäten und Hochschulen befinden sich nach jüngsten Feststellungen nur 119 Frauen, das sind zwei Prozent. Unter den 2328 Ordinarien waren nur acht Frauen ausfindig zu machen, das sind weniger als ein halbes Prozent.

Eine Querschnittsfrage unter 138 Hochschullehrern der Universitäten Frankfurt (Main), Heidelberg, Bonn und Kiel ergab die erschreckende Auffassung: Grundsätzlich sei die Frau ungeeignet für den akademischen Lehrberuf. Über die Hälfte der Auskunft erteilenden Professoren begründeten ihre lapidare Ablehnung mit dem Hinweis, Frauen hätten „Mangel an intellektuellen oder produktiv-schöpferischen Fähigkeiten“. Rund 65 Prozent der befragten Dozentinnen berichteten bei der Umfrage von „besonderen Schwierigkeiten“, die den Frauen beim Ergreifen und der Ausübung eines Hochschullehrerberufs gemacht würden.

## USA der Abwerbung bezichtigt

Der „Wilddieberei“ an englischen Wissenschaftlern beschuldigt der britische Minister für Wissenschaft, Lord Hailsham, die USA in einer Rede vor dem Oberhaus. Der Minister erklärte, Amerika sei nicht in der Lage, selbst genug Wissenschaftler heranzubilden, und werbe daher durch übertriebene Versprechungen vor allem Nachwuchskräfte ab. Lord Hailsham kündigte Zwangsmaßnahmen der Regierung zur Unterbindung dieses „geistigen Ausverkaufs“ an.

Wie die britische königliche Gesellschaft der Wissenschaft in ihrem Jahresbericht feststellte, gingen allein im vergangenen Jahr 518 führende Wissenschaftler des Landes nach den USA.

Der Numerus clausus müsse eben auch weiterhin hingenommen werden. Die Studenten, die die Examination nicht bezahlen können, solle man eben „rausprüfen“ und die adenauserstaatliche Erziehung mit Hilfe von „Tutoren“ in sogenannten Kollegienhäusern kasernieren. Die westdeutschen Wissenschaftler sind über die „Vorschläge“ zu recht entsetzt. Von seiten der westdeutschen Rektorenkonferenz kam die Frage, ob jetzt die Universitäten die Versumnisse weismachen sollen, die sich der Staat hat zuschulden kommen lassen. Selbst der Vorsitzende des Kulturpolitischen Bundestagsausschusses, Dr. Martin, muß zugeben, daß die Hochschullehrer durch die Überfüllung der Universitäten schon so überlastet sind, daß Trimester für die Forschung ruinos würden.

## Humboldt soll schuld sein

Daß die Sache mit der „Rationalisierung“ noch einen ganz anderen Hintergrund hat, wird deutlich, wenn die „Frankfurter Rundschau“ vom 14. Februar 1963 mit dem folgenden Satz die Katze aus dem Sack läßt: „Im Augenblick sieht es jedenfalls so aus, als gingen die Hochschulen langsam, aber stetig an einigen ihrer Freiheiten zugrunde.“ Da legt er endlich nackt hervor, der Notstandsknäppel. Baut das letzte bilden „akademische Freiheit“ ab, macht die Hochschulen offen zu Befehlspflanzern der Bonner Politik, weg mit dem Humboldtschen Humanismus, sagt dieser Knäppel drohend und deutet den weiteren Kurs an. Rationalisierung und Notstand als Zerkel und Krone westdeutscher Hochschulpolitik.

## Hätschelkind: Atomrüstung

Um dem Hochschulnotstand in Westdeutschland wenigstens einigermaßen zu steuern, ist zweierlei nötig: erstens wirkliche Freiheit der Hochschulen vom antihumanistischen Ungeist des Militarismus und zweitens unverzügliche materielle Hilfe. Es ist jedoch offensichtlich, daß das zweite ohne das erste nicht zu machen ist. Weniger als ein Prozent des Volkseinkommens gibt die Adenauer-Regierung an staatlichen Aufwendungen für die Wissenschaft aus. Für 12,4 Milliarden D-Mark — über ein Viertel des Staatshaushalts — kaufte Bonn im Jahre 1961 Raketen, Flugzeuge, Panzer und Kanonen, baute es Kasernen, Abschirmpforten usw., dazu kamen noch 13,5 Milliarden D-Mark „verdeckter“ Rüstungslasten. Diese Ausgaben werden 1962 und 1963 noch erhöht. Dagegen ist aus der Bundeskasse für die Belange der Wissenschaft für 1963 nur eine Ausgabe von 220 Millionen D-Mark vorgesehen. Aus den

## Wider den Geist



„Wir werden ihm schon zeigen, daß, wer in Würzburg lebt, sich anständig zu benehmen hat.“ (Aus „Vorwärts“)

## Unerwünschter Tucholsky

„Kurt Tucholsky ist es nicht wert, daß eine Straße nach ihm benannt wird“, erklärte der CDU-Funktionär und Stadtrat Gerhard Menges im Wiesbadener Stadtrat bei der Beratung, ob eine Straße den Namen des Dichters erhalten soll. „Sein menschliches Schicksal verdient zwar unser Mitgefühl, denn der Jude Tucholsky mußte unter dem Naziregime emigrieren und beging schließlich Selbstmord“, fügte der CDU-Stadtrat scheinbellig hinzu, verstieg sich aber dann zu der Behauptung, das Wirken Tucholskys habe die Weimarer Republik untergraben, und es sei deshalb „eine Taktlosigkeit, eine Straße nach ihm zu benennen.“

Diese beispiellose Ignoranz erinnert an die Vorlesungen in Würzburg, wo sich die Stadtväter weigerten, eine Straße nach Leonard Frank, einem der berühmtesten Söhne ihrer Stadt, zu benennen. Auch der ehemalige Bonner Außenminister von Brentano hatte die gleiche Linie eingeschlagen, als er Bertolt Brecht mit dem SA-Mann und Zuhälter Horst Wessel in einem Atemzuge nannte.

Die Hamburger Wochenzeitung „Die Zeit“ bemerkt in einem Artikel zu dem Skandal in Wiesbaden unter der Überschrift „Unerwünschter Tucholsky“ un-

ter anderem, daß der Beirat „des betroffenen Wiesbadener Stadtteils“ einen neuen Vorschlag machen soll. „Den Namen eines anderen deutschen Schriftstellers, Heinrich Heine, werden sie sicher nicht als „Erbsatz“ anbieten. Der war bei den Stadtvätern auch schon „durchgefallen.“

## Revanchistensprache

Die Äußerung des westdeutschen Physikers und Philosophen Prof. Dr. Carl Friedrich Freiherr von Weizsäcker auf der VDS-Mitgliederversammlung in Hamburg, man sollte die Oder-Neiße-Grenze als endgültig akzeptieren, hat die Wut des niedersächsischen „Vertriebenenministers“ Erich Schellhaus, Bundesvorsitzender der sogenannten Landsmannschaft Schlesien, hervorgerufen. Der Revanchistenführer nannte die realistische Auffassung des international bekannten Wissenschaftlers am Donnerstag in einer Erklärung eine „unqualifizierte politische Prophezeiung“, hinter der sich „ein überflüssiger und voreiliger Verzicht“ verbirgt. Der Staatsbürger von Weizsäcker solle sich endlich einmal vor Augen halten, daß er mit Geistesblitzen solcher Art die westdeutsche Position nur schwächen könne, erklärte Schellhaus in rüdem Ton.

suchen. Die Arbeiterklasse, die über 50 Prozent der westdeutschen Bevölkerung ausmacht, stellt nur fünf Prozent der Studenten. Im Wintersemester 1961/62 erhielten nur noch fünfzehn Prozent aller Studenten ein Stipendium nach dem Honnefer Modell. 1858/59 waren es immerhin schon einmal 19 Prozent. Nach Angaben des Kölner AStA reisen von den 16 000 Immatrikulierten in Köln 7000 Studenten täglich vom Heimatort nach Köln, weil es hier keine Zimmer gibt und für die wenigen Zimmer durchschnittlich Mieten von 120 bis 160 D-Mark gezahlt werden müssen (für ausländische Studenten liegt diese durchschnittliche Miete übrigens bei 200 D-Mark).

## Von Weltniveau keine Spur

Dabei ist die materielle Lage der westdeutschen Hochschulen nur die eine Seite der miserablen Medaille. Als man kürzlich nicht umhin kam, auf einer Bundestagsdebatte „Sorge“ und „Verantwortung“ gegenüber dem katastrophalen Hochschulwesen zu markieren, mußte selbst der neugewählte Bundesminister für wissenschaftliche Forschung, Lenz (FDP), zugeben, daß auch vom Neubau angesichts des Mangels an Hochschullehrern vorerst keine wesentliche Hilfe zu erwarten sei. Fürwahr, ein schlechter Trost für die westdeutschen Wissenschaftler! Um den Erfordernissen an Lehrkräften einigermaßen gerecht zu werden, müßte — nach westdeutschen Berechnungen — die Zahl der Lehrstühle von 2300 auf mindestens 4000 und die der Assistentenstellen um wenigstens 10 000 erhöht werden.

Seit langem gibt es Klagen darüber, daß die Ausbildung der jungen westdeutschen Akademiker nicht gründlich genug und vor allem zu wenig auf die Praxis abgestimmt sei. Der FDP-Bundestagsabgeordnete Dr. Heilige hat ausgesprochen, daß die westdeutsche Wissenschaft den Anschluß an das Weltniveau seit langem verloren hat. Dr. Heilige traf diese Feststellung bei einem Vergleich mit den wissenschaftlichen Erreichungen in der Sowjetunion.

Auf Grund der unmöglichen Ausbildungsbedingungen werden z. B. in Ländern wie der VAR westdeutsche medizinische Doktorgrade nicht mehr für ausreichend gehalten. In den letzten Jahren verließen zahlreiche Nachwuchskräfte Westdeutschland, weil sie keine Entwicklungsmöglichkeiten sahen.

All diese Tatsachen zeigen, wie die westdeutschen Imperialisten und Militaristen das deutsche Hochschulwesen, das immer einen guten Ruf in der Welt hatte, jenseits des Thüringer Waldes ruiniert haben. Wo Militaristen und Neofaschisten herrschen, kann eben die Wissenschaft nicht in Blüte stehen, ist sie entweder Magd der Kriegsmaschine und Kriegspropaganda oder höchst nebenrangige Angelegenheit.

## Geistiger Notstand

Der Niedergang von Forschung und Lehre an den westdeutschen Hochschulen, der den Erfolgen der Wissenschaftsentwicklung im wahren Deutschland diametral entgegengesetzt ist, drückt ja gerade die Folgen des militaristischen Ungeistes aus, der sich immer mehr an den westdeutschen Universitäten ausbreitet. Da werden Faschisten und Nazigrößen wie Schwinge als Erzieher des akademischen Nachwuchses protegiert. Was Hitlernachfolger Dönitz in den Oberschulen, das dozieren braune Paladine verschiedener Schattierungen in den Hörsälen. Das Coleurstudententum als üble Tradition des Militarismus breitet sich immer mehr aus und gilt fast schon als Normalfall. Humanistische Wissenschaftler werden mundtot gemacht oder wie die Professoren Hagemann, Wegener und Riemack aus den Lehrämtern geworfen. Solch ein Atomkriegstheologe wie Prof. Thielecke darf auf einer Feierstunde der Münchener Universität umgebend das Andenken der Geschwister Scholl schänden und für den Bonner Notstandsdruck umfächeln.

## Ein Monopolistenrezept

In Hinsicht auf das ramponierte Ansehen und die zum Himmel schreienden Mißstände im Hochschulbereich hat sich die Bonner Führungselite nun „einen“ für sie typischen Ausweg ausgedacht: Sie will die westdeutsche Universität „rationalisieren“, und zwar gemäß dem Notstandsrezept, daß alles bis zum letzten ausgepowert werden muß. So schlägt Lenz allen Ernstes vor, man solle an Stelle der Semester- zu Trimestern übergehen, augenscheinlich, damit die Hochschullehrer nicht soviel Leerlauf hätten.

## 4000 Aufnahmegesuche an Lumumba-Universität

Kongo und Tanganjika. Die Universität der Völkerfreundschaft erfreut sich auch großer Beliebtheit in den arabischen Ländern, besonders in Syrien und Jordanien. Großen Umfang hat die „Asien-Post“ der Universität. Die meisten Absender sind Inder und Indonesier. Viele Briefe gingen auch aus den lateinamerikanischen Ländern, insbesondere aus Brasilien, ein.

Bei der Post aus den USA, England, Westdeutschland und anderen kapitalistischen Ländern handelt es sich zu einem großen Teil um junge Afrikaner, die mit dem Studium in diesen Ländern unzufrieden sind. So schrieb zum Beispiel ein sudanesischer Student aus München: „Es ist hier sehr schwer, ein Stipendium zu erhalten. Ich hoffe, meine Ausbildung an der Lumumba-Universität beenden zu können.“ Aus Washington schrieb ein Iraner: „Ich habe versucht, an einer amerikanischen Universität zu studieren, aber einsehen müssen, daß das für mich zu teuer ist und ich das Ziel — Hochschulbildung zu erwerben — nicht erreichen kann.“

Auch nüchterne Tatsachen können Emotionen wecken. Was kürzlich die Journalisten hörten, die auf einer Pressekonferenz anlässlich des bevorstehenden 10. Namensjahres unserer Universität zugegen waren, erfüllte sie jedenfalls mit Genugtuung und Stolz auf das, was im ersten deutschen Friedenssatz für die Förderung der Wissenschaft und Forschung und die Ausbildung des akademischen Nachwuchses getan wird, mit Vertrauen auf die Anstrengungen der Wissenschaftler und Studenten, höchstes wissenschaftliches Niveau in Ausbildung und Studium sowie bei der mittelbaren produktiven Zusammenarbeit mit der Praxis zu erreichen.

Kein Rektor einer beliebigen westdeutschen Universität wäre im Stande, vor einer akademischen Jahreshälfte solche zuverlässigen Empfehlungen auszusprechen. Im Gegenteil... Ein Gutachten des Verbandes (West-)Deutscher Studentenschaften (VDS) beginnt mit folgendem bemerkenswerten Satz: „Das Unbehagen über das heutige wissenschaftliche Leben an unseren Universitäten ist allgemein.“ Und die „Frankfurter Rundschau“ fügt hinzu, dieser Satz „kann ebensogut von irgend jemand anders formuliert worden sein, der sich einbildet mit der inneren und äußeren Entwicklung westdeutscher Universitäten und Hochschulen befaßt hat und sie womöglich noch mit entsprechenden ausländischen Instituten vergleichen kann.“ An den noch niedrigeren Vergleich mit der DDR wagt die „Frankfurter Rundschau“ vornehmlich gar nicht zu denken. Bemerkenswert ist immerhin aber noch die Feststellung: „Eines Tages wird man den miserablen Zustand unserer Universität am Außenhandel ablesen können.“

In der Tat: Den Bonner Hochschulnotstand pfeifen nun schon seit Jahren die Spatzen vom Dach. Dabei ist Westdeutschland keineswegs ein industriell unterentwickeltes Land; dabei fehlt es keineswegs an Vorbildern einer humanistischen Entwicklung der Wissenschaft in der deutschen Geschichte bzw. in der deutschen Gegenwart, die unser Arbeiter- und Bauern-Staat verkörpert; dabei hat es auch keineswegs an mahnenden Stimmen verantwortungsvoller Wissenschaftler und Geistesschaffender gefehlt. Hier sei nur an die umfangreiche Denkschrift des westdeutschen Wissenschaftsrates aus dem Jahre 1960 erinnert, die zu vielen Worten, aber zu fast keinen Taten geführt hat.

## Schwarzer Markt und Kollegplätze

In der Bonner Bundesrepublik wird je Kopf der Bevölkerung nur ein Sechstel dessen ausgegeben, was in der Sowjetunion für Forschung und Schulen ausgegeben wird. Bei einer Gesamtzahl von gegenwärtig 235 000 immatrikulierten westdeutschen und ausländischen Studenten verfügen die westdeutschen Universitäten und Hochschulen nur über eine Kapazität von 200 000 Plätzen. Eine wesentliche Änderung dieses Zustandes ist nicht einmal für das nächste Jahrzehnt vorgesehen. Für 1964 rechnet man mit 256 000 Studenten, die Kapazität aber bleibt bei 200 000 stehen. Selbst wenn die immer wieder hinausgeschobenen Pläne des Ausbaus der bestehenden Hochschulen und der Gründung von vier neuen Universitäten verwirklicht werden sollten, könnte die Kapazität im Jahre 1970 erst 230 000 Studenten betragen. Und so hat das Bonner Kontordeutsch einen neuen Begriff erfunden, den Begriff der „Überhangsstudenten“, eine Bezeichnung für diejenigen, für die in den Hörsälen und Seminaren der westdeutschen Universitäten kein regulärer Platz vorhanden ist. „Die Universitätsinstanz“, so lösen wir im Bonner General-Anzeiger, werde in Südfrankreich in eine ehemalige Abstellkammer verlegt. Durch Umbau entstand aus einer Toilette ein Klassenzimmer. An einer anderen Universität gibt es für Tausende Studenten nur 300 Arbeitsplätze. Die Studienzeiten muß künstlich verlängert werden. Tausende Scharen von Studenten auf Seminarplätzen zu warten haben, für die in Hamburg sogar ein Schwarzhandel bestehen soll.“

## Bildungsprivileg per Ökonomie

Es ist verständlich, daß diese Verhältnisse, unter denen die westdeutschen Studenten studieren müssen, es den Kindern von Arbeitern und anderer schlecht bezahlter Bevölkerungsschichten es so gut wie unmöglich machen, die Universitäten zu be-

Der Strom von Briefen mit Aufnahmegesuchen, gerichtet an die Universität der Völkerfreundschaft „Patrice Lumumba“ in Kinshasa, an der zur Zeit 2000 junge Menschen aus 89 Ländern studieren, reißt nicht ab. An manchen Tagen treffen im Rektorat 30 bis 80 Briefe aus Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas ein. Oft liegen in einem Briefumschlag zwei oder drei Aufnahmegesuche. Die Mitglieder der Aufnahmekommission haben ein riesiges Arbeitspensum zu bewältigen, um die geeigneten Bewerber auszuwählen. Jährlich werden 600 junge Menschen immatrikuliert.

Seit dem 1. Januar kamen rund 400 Aufnahmegesuche, obwohl der Schuljahrtermin erst für den 30. März festgesetzt ist. Fast jeder zweite Brief kommt aus Afrika, trotz der Bemühungen der westdeutschen Presse, die Jugend dieses Kontinents durch Hetzartikel davon abzuhalten, den Aufnahmegesuchen aus 33 afrikanischen Ländern nimmt den ersten Platz Nigeria ein. Es folgen Kenia, Dahomey,

Universitätszeitung, Nr. 11, 14. 3. 1963, S. 5